

Lärmkartierung der CSU – ein kommunalunfreundlicher Schildbürgerstreich

- von **Helga Schmitt-Bussinger**, MdL,
und **Ludwig Wörner**, MdL –

Lärmkartierung und Aktionsplanung: Das neue Bundesimmissionsschutzgesetz weist die Aufgaben den Kommunen zu. Bei der Umsetzung haben CSU und Staatsregierung mit heißer Nadel gestrickt, haben beispielhaft einen kommunalunfreundlichen Schildbürgerstreich hingelegt. Einziges Ziel: Alle Kosten vom Land fernzuhalten. Und die CSU erwies sich als beratungsresistent: Obwohl ihr SPD-Anträge den richtigen Weg wiesen, hielt sie am teuren Unfug fest.

Bei Autobahnen, Flughäfen und Eisenbahnverbindungen sind die Kommunen aus der Pflicht entlassen. Was Sinn macht. Hier ist die einzelne Kommune überfordert. Das ist sie aber auch bei Hauptverkehrsstraßen wie Bundes- und Staatsstraßen. Trotzdem sollen die einzelnen Gemeinden beim Umgebungslärm selbst kartieren und Aktionspläne aufstellen. Jede Kommunen soll für ihren Streckenabschnitt planen – unabgestimmt nebeneinander, mit teuren Gutachten und teuren Maßnahmen.

Der Bayerische Gemeindetag und die anderen kommunalen Spitzenverbände sind dagegen Sturm gelaufen, und mit ihnen die SPD-Landtagsfraktion. Trotz Anhörung, trotz Antrag: Die CSU ließ sich nicht erweichen. Zwar wird die Lärmkartierung jetzt für alle vom Landesamt für Umwelt durchgeführt. Aber die konkrete Planung der Aktionen und Maßnahmen bleibt bei den Gemeinden – und damit die Kosten, die sich vervielfachen werden, wenn jede Kommune für sich selbst planen muss.